

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

25.7.1923 (No. 170)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach Nr.
3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen
Chefredakteur
C. A. M. e. n. b.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juli 28 500 M. — Einzelnummer 1200 M. — Anzeigengebühr: 1000 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

Die Wurzel des Übels.

Uns wird von einem demokratischen Politiker geschrieben:

Regierungsrat Günther hat in einer lesenswerten Artikelserie der „Karlsruher Zeitung“, der man weitest Verbreitung und rege Beachtung wünschen muß, das innere Verhältnis des gebildeten Bürgertums zum alten und zum neuen Staat untersucht und kritisch beleuchtet.

Das — durchaus richtig gezogene — Fazit seiner Untersuchung ist nicht erfreulich: für den Staat so wenig wie für das Bürgertum. Die Ursachen hierfür hat Günther offen und durchaus zutreffend dargelegt: Im alten Staat wurde der politische Einfluß des Bürgertums — und nicht nur des Bürgertums! — von oben her mit allen Mitteln zurückgedrängt, im neuen Staat hat sich das Bürgertum des Einflusses, den es haben könnte und mußte, selber begeben, indem es teils politische Willensübt, teils den neuen Staat neugierig, sich zu den Oppositionsparteien schlägt.

Woher aber kommt nun diese, im besten Falle gleichgültige, häufig aber doch auch direkt feindselige Haltung weiter Kreise des Bürgertums gegen den jetzigen Staat?

Günther beantwortet die Frage mit dem Hinweis auf die Mangelhaftigkeit der politischen Erziehung und der historischen Aufklärung der jetzigen Generation. Das ist an sich richtig. Nur muß hinzugefügt werden, daß Mangelhaftigkeit der politischen Erziehung und der historischen Aufklärung ihrerseits wieder zurückzuführen auf die geradezu trostlosen Presseverhältnisse im heutigen Deutschland. Und hierüber muß einiges gesagt werden.

Die früheren Koalitionsregierungen des Reiches waren aufrecht und ehrlich demokratisch-republikanisch. Mit Ausnahme der ausgesprochenen Parteiblätter und einiger weniger großer Zeitungen, die man an den 10 Fingern hätte herzählen können, hatten diese Regierungen aber so gut wie gar keine Presse zur Verfügung, die ihnen und dem jetzigen Staat auch nur mit einem Fünkchen innerer Wärme entgegenkam. Daß die Blätter der Rechtsparteien den Staat und seine führenden Männer beäugelten, war und ist bei den in Deutschland nun einmal herrschenden Verhältnissen und Anschauungen nicht verwunderlich. Aber auch die gesamte sogenannte „neutrale“ Presse tat nichts, gar nichts, um das Ansehen der Republik irgend wie zu fördern. Im Gegenteil: Was für törichtes, böswilliges Zeug wurde beispielsweise über die sogenannte Weimarer „Erfüllungspolitik“ zusammengeschrieben in den Blättern, die man die Generalanzeigerpresse zu nennen sich angewöhnt hat. Und damit sind wir an der Wurzel des Übels: Die weitmas überwiegende Mehrheit des deutschen Bürgertums bezieht ihre politische Information und Bildung allein aus diesen Blättern. Was kann dabei anders herauskommen als das von Günther ganz richtig gezeichnete, geradezu klägliche Resultat?

Auf raffinierte Art hat es diese Presse verstanden, die Republik zu diskreditieren. Nicht etwa durch offene Bekämpfung dieser Staatsform, — dazu sind die Herren viel zu schlau und zu — geschäftstüchtig! —, sondern durch die viel wirksamere und darum weit gefährlichere Art des indirekten, versteckten Kampfes.

Der Leitartikel „Die innere Gefahr“ in Nr. 165 der „Karlsruher Zeitung“ weist auf diese Tatsache an der Hand eines Einzelbeispiels, nämlich der Würdigung der publizistischen Methoden des „Karlsruher Tagblattes“, mit Recht hin. Das „Karlsruher Tagblatt“ steht aber mit diesen Methoden durchaus nicht allein da. Es ist ein Typ. So wie dieses Blatt, machen es alle die Hunderte von mittleren und kleineren Provinzialblättern, aus denen fast das gesamte Bürgertum seine Kenntnis von den politischen Geschehnissen und Zusammenhängen schöpft.

Dieser Tage hat das „Karlsruher Tagblatt“ in einer Polemik mit dem „Volksfreund“ den Vorwurf es sei ein „Kontrevolutionsorgan“ entkräftet und energisch zurückgewiesen. Normal war es dabei durchaus im Recht. Man wird ihm nicht nachweisen können, daß es irgend einmal aufgefordert habe, mit Revolven und Dolch in Kontrevolution zu machen. Aber darum handelt es sich doch nicht. Sondern darum, daß diese Art Presse auch nicht das geringste getan hat, um den neuen Staat und den neuen Männern die ungeheuer schwierige Aufgabe, vor die sie sich gestellt haben, auch nur in etwas zu erleichtern und damit gleichzeitig ihren Lesern — einem Großteil des deutschen Bürgertums — diesen Staat näher zu bringen und Verständnis für ihn zu wecken. Ganz im Gegenteil: Man hat seit Jahr und Tag alles, was unerfreulich daran ist, mit viel Behagen registriert, hat nörgelnde Kritik geübt an den — selbstverständlich wie überall vorhandenen — Unvollkommenheiten des Parlaments und des Parlamentarismus, ohne

auch nur ein einziges Mal auf ihre Lichtseiten und Vorteile hinzuweisen, man hat keinen Finger gerührt, um über die ungeheueren Schwierigkeiten in der jeweiligen außerpolitischen Situation und die sich daraus für uns ergebenden harten Konsequenzen aufzuklären — vergleiche hierzu das oben über die Behandlung der sogenannten „Erfüllungspolitik“ Gesagte —, kurz: man hat genörgelt und kritisiert, wo immer es möglich war und hat zum demokratischen und republikanischen Staat kaum ein einziges Mal positiv Stellung genommen.

Erst als Cuno Kanzler wurde, wendete sich das Blatt. Es regnete förmlich Vorwurfswörter. „Cuno macht!“ — wurde das Leitmotiv. Die Presse lobte den Kanzler und lobte seine Politik. Und keiner im Bürgertum merkte den Widerspruch, daß dieselben Blätter, die der Regierung Wirk-Nachschau ihr: „Kreuziget sie!“ nicht laut genug hatten entgegenzuschreien können, der Regierung Cuno, die doch die Weimarer Erfüllungspolitik in feierlicher Regierungserklärung als Maxime ihres politischen Handelns ausdrücklich übernommen hatte, jetzt: „Hosiannah!“ zuriefen. Bis zu diesem Ausmaß war die, höflich ausgedrückt, politische Gedankenlosigkeit des Bürgertums schon gediehen. Denn der hervorragenden politischen „Aufklärungsarbeit“ der erwähnten Presse!

Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Was hat — um nur noch einiges anzuführen — unser Bürgertum über den Hochverratsprozeß der famosen „nationalen Herren“ Buch und Nachhaus erfahren, was von der Seberingischen Erklärung über die Hoffschulte, die Schlageter um einige Silberlinge — oder waren es nur „Papierlinge“? — den Franzosen beraten haben? Wie groß war die Entrüstung, wenn es einmal Kommunisten gelang, politische Gefangene zu befreien oder ihre Freisetzung zu erwirken. Wo aber blieb diese Entrüstung über die Befreiung Ehrhardts? Wo die Aufklärung über die Gemeingefährlichkeit der rechtsradikalen Bestrebungen? Man fand statt dessen Artikel zum Lobe des wahnwichtigen, ideenlosen und darum nur politischen Kindern und Kindsköpfen oder verbohrenden Panaitern imponierenden Sitterschen Nationalsozialismus!

Man könnte ein ganzes Buch füllen mit Belegen über diese Pressenacht. Aber das Angeführte mag genügen. Man erkennt daraus, wie die politische „Belebung“ und „Aufklärung“ des größten Teiles unseres Bürgertums aussieht. Kann man sich da über die Resultate wundern?

Wer heffern will, muß hier den Hebel ansetzen. Stinnes lauft ein Organ nach dem andern auf. (Erst kürzlich wieder die „Frankfurter Nachrichten“, was für uns in Baden deshalb von Bedeutung ist, weil dieses Blatt bekanntlich in Heidelberg einen Ableger, die „Badische Post“ hat.) Die Schwerindustrie beherrscht auch den Nachrichtenapparat der deutschen Presse, auf den sogar Blätter der Linken weitgehend angewiesen sind. Nichts ist den Feinden des derzeitigen Staates zu viel, kein finanzielles Opfer zu groß, um ihre Anschauungen auf dem Weg über die sogenannte „nationale“ oder „neutrale“ Presse an das harmlose Bürgertum heranzubringen, das jeweils prompt darauf hereinfällt, weil ihm die Möglichkeit, sich anderweitig politisch zu unterrichten, meist fehlt. Wie weit die Dinge gediehen sind, hat kürzlich die Zeitschrift eines bürgerlichen Politikers an den sozialdemokratischen „Volksfreund“ gezeigt, in der darüber Klage geführt wurde, daß ein aufrechter bürgerlicher Demokrat um die Gastfreundschaft eines sozialdemokratischen Blattes bitten müsse, weil er in Karlsruhe ein anderes Organ nicht zur Verfügung habe.

Der Schaden, der auf diese Weise fortwährend angerichtet wird, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nur wenn es gelingt, hier Abhilfe zu schaffen, besteht die Aussicht, das gebildete Bürgertum wieder zur Staatsbejahung zu erziehen. Aber auch nur dann! Sonst bleibt alles beim Alten, das Feind ist für den Staat unendlich wertvolle Schicht des gebildeten Bürgertums wird weiterhin in ihrer jetzigen unfruchtbaren Opposition oder bestenfalls in ihrer politischen Abstinenz — die im Effekt ebenso unfruchtbar ist — bleiben.

Wo sind die kapitalkräftigen Anhänger der Republik, die gewillt sind, die Art an diese Wurzel des Übels zu legen und die, ebenso großzügig wie es die Feinde der Republik in ihrem Sinne tun, sich erheben, durch Schaffung einer ehrlich-demokratisch-republikanischen Presse gegen die politische Brunnenvergiftung der erwähnten Art zu wirken? Das scheint uns der einzige Weg, um das Bürgertum zur positiven Mitarbeit am und im jetzigen Staat zu bringen. Und ihm damit auch zu der Bedeutung und zu dem Einfluß zu verhelfen, die es an sich verdient. Es wäre höchste vaterländische Pflicht, dies bald zu tun!

Politische Neuigkeiten.

Die Beratung der englischen Dokumente.

Die Haltung Belgiens zu den englischen Vorschlägen beschäftigt zurzeit die Pariser Presse lebhaft. Der „Matin“ schreibt anlässlich des angekündigten Besuchs des belgischen Minister Jaspars und Theunis in Paris: „Wir können erwarten, daß Theunis und Jaspars vorschlagen werden, in der Antwort an Deutschland die ein wenig platonischen Ansichten der englischen Regierung durch klare und praktische Lösungen, wie die Finanzkontrolle, die Ausnutzung der Hilfsquellen Deutschlands, die Steuern, die Zolleinnahmen und die Monopole betreffen, zu ersetzen. Wir können erwarten, daß die Belgier eine Vermittlerrolle übernehmen werden, um der Reparationskommission zu gestatten, sich mit allen nützlichen Beratern zu umgeben, ohne ihre Autorität zu schwächen. Aber die belgische Regierung wird nichts tun, um die Lage der besetzenden Mächte gegenüber Deutschland zu schwächen.“ Das „Echo de Paris“ führt aus: „Frankreich sei bereit, das von Deutschland vorgelegte Zahlungssystem, das man Garantien nenne, zu prüfen. Aber deshalb dürften die Pfänder, die Frankreich heute in Händen habe, nicht ausgegeben werden. Was wird die belgische Regierung machen? Sie hat uns gegenüber zwei Verpflichtungen übernommen, das Ruhrgebiet nicht vor vollkommener Reparationszahlung zu räumen und mit Deutschland nicht zu verhandeln, solange der passive Widerstand nicht beendet ist. Diese beiden Bestimmungen verpflichten die belgische Regierung in der gleichen Weise hinsichtlich des passiven Widerstandes und der Garantieforderung zu antworten.“

Nach dem „Echo de Paris“ hat das belgische Kabinett folgende fünf Thesen aufgestellt, die seinen Standpunkt kennzeichnen:

1. In dem englischen Entwurf sind gute Dinge neben schlechten Elementen festzustellen.
2. Die englischen Dokumente verschließen die Türe zu Verhandlungen nicht, im Gegenteil, sie ermutigen sie und sind deshalb willkommen.
3. Was die Ruhrfrage anlangt, so wird sich Belgien nicht in einer so strengen Weise an Frankreich gebunden erachten.
4. Die Gelegenheit muß gesucht werden, um Amerika an die Seite der Alliierten zu führen.
5. Der Gedanke, die Finanzlage Deutschlands einem unparteiischen rein beratenden Ausschuss mit einem Amerikaner als Vorsitzenden zu überweisen, ist nicht von vornherein zurückgewiesen werden.

Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ ist man in Washington jetzt optimistischer bezüglich der Erledigung der Ruhrfrage. Die „Times“ sagt, nach der Stimmung an den Weltbörsen scheint man mit einer baldigen Lösung zu rechnen. Das „Journal of Commerce“ fordert, daß man die Berechnung des „Institut of Economics“, wonach Deutschland schon 26 Milliarden gezahlt hat, maßgebend sein lassen solle.

Die Ruhrpolitik Frankreichs.

Berlin, 23. Juli. Der bekannte führende Großindustrielle Fritz Thyssen hat sich, wie die „Nationalzeitung“ mitteilt, über die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet dahin geäußert, daß die Industrie im Ruhrgebiet bereits vollkommen stillgelegt. Die meisten Werke arbeiten überhaupt nicht, die Kohlenzechen fördern nicht, die Kohlenlager leeren sich zusehends und es werde bald die Zeit kommen, wo im reichsten Kohlengebiet Europas keine Kohlen mehr da sein werden. Nach der Schätzung Thyssens würde es mindestens 6 Monate dauern, ehe die Ruhrindustrie von dem erlittenen Schaden sich erholen und die alte Leistungsfähigkeit wieder erlangen kann. Die Lebensmittelfatastrophe werde immer drohender und es werde, wenn es im Herbst wegen der französischen Eisenbahnpolitik nicht gelinge, genügende Mengen Kartoffeln ins Ruhrgebiet zu schaffen, zu den größten Schwierigkeiten kommen. Trotz alledem werde sich die Bevölkerung im Ruhrgebiet niemals unterwerfen.

Berlin, 25. Juli. Mitternachtsmeldungen aus Hagen zufolge wurde zwischen Hagenberg und Freudenberg in einem von Berlin kommenden D-Zug ein französischer Geheimkurier der französischen Wertschätzung in Berlin, der Spitzendienst berichtet, von der Schutzpolizei, die eine Passkontrolle vornahm, verhaftet. Es wurden bei ihm Dokumente gefunden, die für den französischen Kommandanten der französischen Ruhrarmee bestimmt waren.

Koblenz, 23. Juli. Das Walderferat der Interalliierten Rheinlandskommission teilt an einem neuen Verkauf des Holzes aus den staatlichen Forsten der Pfalz. Wie das „Echo du Rhin“ mitteilt, sind 31 Lote verteilt worden, und zwar zu dem Verkaufspreis von 3 300 000 Franken. Ein Teil des Holzes soll von Kaufleuten der Pfalz, der Rest zum größten Teil von Gläubigern gekauft worden sein.

Speyer, 24. Juli. Von der französischen Besatzungsbehörde wurde gestern Oberregierungsrat Stähler, der nach der Ausweisung des Regierungspräsidenten und der zwei Regierungsdirektoren als dienstältester Beamter das Regierungspräsidium der Pfalz führte, verhaftet. Die Verhaftung geschah vermutlich, weil die Forderung der französischen Besatzungsbehörde, die französischen Bahnhauptpatrouillen von deutschen Gendarmen und Polizeibeamten begleiten zu lassen, von der pfälzischen Kreisregierung abgelehnt wurde. Oberregierungsrat Stähler wurde nach Landau verbracht.

Berlin, 24. Juli. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Offen haben die Franzosen gestern vormittag den ganzen Betrieb des Offenener Telegraphenamts stillgelegt. Vier Bauarbeiter des Telegraphenamts wurden verhaftet und in das Gefängnis nach Werden gebracht. Da der Telegraph die letzte Möglichkeit war, einen wirtschaftlichen Verkehr Offen mit der Außenwelt aufrecht zu erhalten, bedeutet der neue

französische Eingriff eine weitere Gefährdung der Lebensmittelversorgung.

Frankfurt a. M., 24. Juli. Infolge der Besetzung des Bahnhofs Langen müssen die Züge südlich Frankfurt teils über Hanau-Bebraunhausen, teils über Offenbach-Oberroden-Dieburg umgeleitet werden, wodurch die Fahrzeit Frankfurt-Baden um etwa eine Stunde verlängert wird; um diese Verzögerung auszugleichen, werden, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände mitteilt, die durchgehenden Züge von Baden nach Berlin und Leipzig von Hanau, ohne Frankfurt zu berühren, direkt weitergeleitet, so daß der Reise- und Fernverkehr zwischen Nord- und Westdeutschland und Baden nicht behindert wird.

Kehl, 24. Juli. Dem Gajwirt Max Städt, der Lebensretter zweier französischer Soldaten, waren aus Breslau zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, die er dem Zweck für die Tuberkulosefürsorge und andere mildtätige Zwecke überwies. Gajwirt Städt erhält fortgesetzt Glückwünsche aus allen Teilen des Deutschen Reiches. Eine Frankfurter Firma verband ihren Glückwunsch mit der Zusage einer größeren Anzahl Flaschen von Scotts Lebertran-Emulsion für bedürftige Kinder.

Die geplante Goldanleihe des Reichs.

Über die geplante Goldanleihe des Reichs wird aus Berlin berichtet: Soweit bisher feststeht, dürfte es sich um eine Anleihe mit einer Laufzeit von 10 bis 12 Jahren und einer fünfprozentigen Verzinsung handeln. Die Anleihe dürfte den Reichern etwas mehr als angeboten werden. Die kleinsten Stücke werden 5 Dollar oder 21 Goldmark betragen. Wie die „Deutsche Wg. Ztg.“ weiter erfährt, erfolgt die Einlösung der Stücke bei Fälligkeit ebenso wie die Einlösung der Zinsscheine in Mark auf Grund des New Yorker Wechselkurses. Über die Höhe der Anleihe dürfte in der morgen stattfindenden Besprechung Bescheid bekannt werden. Der Hauptgrund für die wertbeständige Anleihe in möglichem Umfang liegt darin, dem Publikum ein Objekt in die Hand zu geben, damit es nicht genötigt ist, Devisen, Effekten und Waren zu kaufen.

Das Urteil im Ehrhardt-Prozess.

Das Urteil des Leipziger Staatsgerichtshofes gegen die Prinzessin Hohenzollern-Dehringen wurde am 2. Verhandlungstag gefällt. Es lautete auf 6 Monate Gefängnis wegen Begünstigung des Hochverrats in Tateinheit mit Meineid. Die Angeklagte hat die auf sie entfallenden Kosten des Verfahrens zu tragen. Das Gericht hat sich in allen Teilen den Ausführungen des Oberreichsanwalts angeschlossen. Dieser legte dar, daß der Kappstich zweifellos ein hochverräterisches Unternehmen war, was historische Tatsache sei. Ehrhardt war das militärische Rückgrat des Kapp-Kutschkes, er war Führer im Sinne der Amnestie und hat sich des verurteilten Hochverrats schuldig gemacht. Die erste Voraussetzung für die Schuld der Prinzessin in bezug auf das Delikt der Begünstigung ist dadurch gegeben, denn sie wollte Ehrhardt durch ihren Meinzeid herausheben. Sie ist also schuldig des Meineids und der Begünstigung. Es ist bedauerlich, daß Leute von den Qualitäten Ehrhardts, die in richtigem Geleise so überaus tüchtiges leisten konnten, sich auf den Weg des Verbrechens begeben haben. In den Augen seiner Anhänger hat Ehrhardt von seinem Nimbus noch nichts eingebüßt; aber diese Leute glauben ja heute noch nicht an die ungeheure Dummheit des Kapp-Kutschkes. Woraus Ehrhardt der schwerste Vorwurf zu machen ist, ist sein Handeln an der Prinzessin, die ganz unter seinem Einfluß stand. Es war schon unverantwortlich, daß er ihr den Schwindel vormachte, der alte Ehrhardt sei tot, und sie könne ihn vor Gott und Menschen verzeihen. Er hat überdies durch den Schwindel mit der Rechtsanwaltschaft (ein Student wurde als Rechtsfachverständiger zur Prinzessin gebracht) sie veranlaßt, einen Meineid zu leisten.

Deßau, 24. Juli. Die „Deßauer Zeitung“ teilt mit, daß in Vernebe seit Jahresfrist ein Freiherr von dem Busche wohne, der mit einer Engländerin Carpen verheiratet ist. Der Mann ist als Pfleger aus Südafrika ausgewiesen worden. Die beiden Eheleute sind gestern nachmittags durch einen Kriminalbeamten verhaftet worden. Es wurde bei ihnen ein vollständig ausgearbeiteter Plan über Ehrhardts Flucht gefunden. Auch bei der Frau ein Buch mit den Namen aller Beteiligten geführt. Diese Schriftstücke konnten beschlagnahmt werden. Ein anderes Schriftstück entzog die Frau dem Kriminalbeamten dadurch, daß sie es verschluckte. Die Eheleute sind im Automobil nach Leipzig gebracht worden, um dort in Haft genommen zu werden. Der Mann setzte sich bei seiner Verhaftung zur Wehr.

Schwere Ausschreitungen in Frankfurt a. M.

Bei den von der U.S.P.D. und den Kommunisten gemeinsam veranstalteten Demonstrationen gegen Wucher, Kapitalismus und Faschismus in Frankfurt a. M., ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen. Der Hauptdemonstrationszug verlief ruhig. Dann verzweigten einzelne Jünger ab und versuchten verschiedentlich in die Geschäfte einzudringen, was aber im großen ganzen verhindert werden konnte. In dem Hause eines Direktors von Kolorn u. Wittke wurden die Zimmer verwüstet. Aus dem Musikabteilament Palmengarten wurden die Besucher verjagt. Am Bahnhofspfad stieß der Demonstrationzug mit einer etwa 200köpfigen Menschenmenge zusammen, die mit dem Zug nichts zu tun hatte und aus Alkoholelementen, Arbeitslosen und solchen aus Verbrechertreife bestand. Diese Menge zog die Bodenheimer Landstraße entlang. In der Schwindstraße versuchte die Masse das Haus des Staatsanwalts Haas, einer Persönlichkeit, die im politischen Leben gar nicht hervorgetreten ist, zu stürmen, er wurde von der Wache überfallen und totgeschlagen. Hierzu erzählt die „D. Z.“ noch folgendes: Auch die Frau des Staatsanwalts wurde von der Menge ergriffen und am Oberkörper leicht verletzt, sogar der 74jährige Vater des Ermordeten wurde so schwer mißhandelt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die Brillantuhrenkette, Ringe und andere Wertgegenstände wurden ihm vom Körper gerissen. Die Ermittlung der Täter dürfte aller Voraussicht nach sehr schwierig gestalten. Es wird vermutet, daß einer aus der Menge, der den Anspruch getan hatte: „Das Büchlein kenne ich“, den Staatsanwalt von früher kannte und daß es sich bei der Tat um einen Racheakt handelt. Ebenso bestialisch wie bei der Ermordung hat sich der Böbel bei der Ausraubung der Wohnung des Ermordeten gezeigt. Nicht ein Stück in der Wohnung ist heil, nicht ein Behältnis ist verschlossen geblieben. In wüstem Durcheinander ist alles zusammengeworfen worden, Bilder wurden von den Wänden gerissen und zerstört. Die Schränke sind umgeworfen, zertrümmert und ihres Inhaltes beraubt. Außerdem hat der Mob nicht ein Stück Silber liegen lassen.

Kurze Nachrichten.

Der Steuerausgleich des Reichstages stimmte am Dienstag gegen einen Teil der Sozialdemokraten der vom Reichsrat beschlossenen Erhöhung der Biersteuer auf das Fünffache zu. Zugleich wurden auch die Anteile Bayerns, Württembergs und Badens an der Biersteuer entsprechend erhöht.

Wie die Berliner Blätter mitteilen, finden augenblicklich innerhalb der preussischen Regierung Besprechungen statt, ob der von der kommunistischen Partei angekündigte Antifaschistentag am 29. Juli im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung für Preußen verboten werden soll.

Deutscher Kriegsschiffbesuch in Schweden. Ein aus dem Einien Schiff „Danziger“ und dem kleinen Kreuzer „Arkona“ und elf Torpedobooten bestehendes deutsches Geschwader lief am Dienstag in den Kriegshafen von Karlskrona in Schweden ein.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei tritt am Sonntagabend, 28. Juli, in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Die Entwicklung der letzten Tage, insbesondere die Ausprägung der innerpolitischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse, haben die Einberufung des Vorstandes notwendig gemacht, der sich infolgedessen hauptsächlich mit der Innenpolitik und mit Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik zu beschäftigen haben wird.

In einem Brief an den Präsidenten der amerikanischen Arbeitervereinigung Samuel Compers erklärt Staatssekretär Hughes, die Anerkennung Rußlands durch die Vereinigten Staaten könne nicht erfolgen, solange seine Führer nach innen und außen einen Geist der Fortsetzung an den Tag legten. Selbst wenn die Stabilität der Sowjetregierung und das Vertrauen des russischen Volkes zu ihr nicht fragwürdig wären, würde Moskaus ständige Verletzung internationaler Verpflichtungen allein ausreichen, seine Anerkennung durch die Vereinigten Staaten zu verhindern.

Die Schweizerischen Bundesbahnen verzeichnen für den Monat Juni einen Finanzüberschuss von 4,4 Mill. Fr. Damit erhöht sich der Einnahmeüberschuss aus der ersten Hälfte des laufenden Jahres auf 39,3 Mill. Fr.

Dem Finanzausschuß der französischen Kammer ist eine Kreditvorlage von 610 Millionen Franken zugegangen für die Errichtung einer französischen U-Boatflotte. Die neue Flotte würde dem Innenminister unterstellt und sie soll 16 Einheiten umfassen und etwa 1925 beendet sein.

Nach Mitteilungen italienischer medizinischer Fachblätter soll es dem Direktor der Kinderklinik in Palermo, Dr. Cristina, gelungen sein, den Scharlach-Bazillus zu entdecken.

Badische Uebersicht.

Gottesdienst am Tage der Verfassungsfeier.

Die Reichsregierung hat den Kirchenbehörden gegenüber die Bitte ausgesprochen, den Verfassungstag (11. August) entsprechend zu würdigen. Die Regierung hofft von dem oft bewährten Verständnis der Kirche für die Bedeutung des staatlichen Gemeinschaftslebens, daß sie sich diesem Ersuchen nicht verschließen wird. Die Tatsache, daß die nach einer verfassungslösen Übergangszeit in schwerer Gemeinschaftsarbeit entstandene Reichsverfassung die Grundlage für die staatliche Ordnung und für den Wiederaufbau Deutschlands bildet, bietet nach Ansicht der Reichsregierung eine Grundlage für eine Erhebung der Herzen und Gedanken, an der sich alle Deutschen beteiligen können. In Verbindung hiermit läßt sich der inbrünstige Wunsch nach Befreiung der leidenden deutschen Geseite am Rhein und an der Ruhr bringen. Falls nicht, was die Reichsregierung in erster Linie begehren würde, in allen Kirchen Gottesdienst abgehalten werden können, regt sie an, daß mindestens an allen größeren Orten in den Hauptkirchen vormittags um 9 Uhr Gottesdienst stattfindet und daß um dieselbe Zeit im ganzen Reich die Glocken geläutet werden.

Die badische Regierung hat diese hier zum Vortrag gebrachten Gedanken aufgenommen und den zuständigen Ressortministern erlucht, mit den obersten Kirchenbehörden in Verbindung zu treten.

Die Teuerung in Baden in der vierten Juliwoche.

Die Landesindexziffer für die Lebenshaltungskosten (ohne Bekleidung) stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes vom 23. Juli d. J. auf das 34,481-fache gegenüber der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber dem 16. Juli (25 679) beträgt somit 34,3 Prozent.

Tagung der bad. Staatspolizeibeamten.

Pforzheim, 24. Juli. Am Samstag fanden sich hier die badischen Staatspolizeibeamten zu ihrem diesjährigen Verbandstag zusammen. Eingeleitet wurde er mit einer Delegiertenversammlung, welche sich in eingehender Weise mit dem Entwurf der neuen Dienstausweisung und mit Organisationsfragen beschäftigte. Der eigentliche Verbandstag wurde Samstag nachmittags um 3 Uhr eröffnet. Verbandsvorsitzender Graf Heideberg begrüßte die aus allen Bezirken des Landes herbeigeeilten Kollegen und den als Vertreter der Regierung erschienenen Oberregierungsrat Dr. Bork und Landtagsabgeordneten Ober. Der Verbandsvorsitzende besprach sodann in einem längeren Vortrag die Stellung des Polizeibeamten im Volkswesen. Die uniformierte Polizei wolle eine Volkspolizei sein und bleiben. Nachdem der Redner in längeren Ausführungen die Uniformfrage besprochen hatte, verbreitete er sich über die Überführung der Polizeibeamten aus der Befolungsgruppe IV in Gruppe V. Oberregierungsrat Dr. Bork sagte zu, bei der Regierung für die Wünsche der Polizeibeamten einzutreten. Die Regierung werde alles tun, um die Polizei leistungsfähig zu erhalten. Ein Erfolg sei aber nur möglich, wenn Beamtenhaft und Regierung einig zusammenwirkten. Nach einer lebhaften Aussprache über den Vortrag des Verbandsvorsitzenden wurde die Tagung geschlossen.

Badischer Landesfeuerwehrverband.

Pforzheim, 22. Juli. Die letzte Landesausstellung fand in Pforzheim statt und hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erlösen. Außer den Ausstellungsmitgliedern wohnten der Sitzung seitens der Regierung Herr Oberamtmann Guldner an, ferner seitens der Stadtverwaltung Bürgermeister Streng. Der Vorsitzende, Präsident Oberle-Heideberg, gedachte eingangs der Tagesordnung der seit der letzten Tagung verstorbenen Ausstellungsmitglieder Sieb-Bruchsal und Emil Fingert-Mannheim.

Der Badische Landesfeuerwehrtag, welcher in diesem Jahre in Badolzell stattfinden sollte, wurde vertagt. Die Wahlen der neu gewählten Kreisvorsitzenden bezw. deren Stellvertreter wurden bestätigt. Der Verbandsbeitrag wurde mit 200 Mark pro Wehrmann festgesetzt. Die Landeskommissare sollen ersucht werden, auf die Bezirksämter einzuwirken, daß bei den Gemeinden auf die Notwendigkeit der Zahlung der Verbandsbeiträge in genannter Höhe hingewiesen wird. Im weite-

ren wurde die Aufbringung der Mittel für Feuerlöschmittel der Gemeinden (Feuerwehrtage) in den Kreis der Beratung gezogen. Der Ausschuss empfahl den Erlass eines Sondergesetzes nach dem Vorgang von Württemberg und Preußen. Dem Ministerium des Innern soll Mitteilung gemacht werden mit dem Ersuchen, in das zu erlassende Gesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß 10 Prozent der Beiträge an den badischen Landesfeuerwehrtag zu Ländern der 11 Kreise vorstehenden abzuführen seien, da der Zweck des Verbandes doch der sei: Gründung von Feuerwehren, Veranstaltung von Vorträgen und Führerkursen, sowie durch Beratungen die Ausbildung und die Ausrüstung der badischen Feuerwehren zu vereinheitlichen und zu vervollkommen, was aber ohne Zuzug von reichlichen Mitteln nicht möglich sei. (Die Erhebung einer Feuerwehrtage ist herbeizuführen, doch dürfte die Lösung dieser Frage immerhin noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da man mit den verschiedensten Faktoren zu rechnen hat.) Auch die Mollage der „Badischen Feuerwehr-Zeitung“ bildete der Gegenstand einer regen Aussprache. Die teueren Druck- und Papierpreise lassen sich schwer auch auf dieser Zeitschrift. In den Verband wurden aufgenommen die Wehren: Niederhofsheim, Schutterwald und Oberhofsheim, alle im Kreis Offenburg. Neuhart und die Feuerwehr des Eisenbahnanstaltungsbezirks Karlsruhe, beide im Kreis Karlsruhe. Den Schluß der Tagung bildeten Mitteilungen über den 19. deutschen Feuerwehrtag in München.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Mosbach, 24. Juli. Montagabend 6 Uhr wurden durch den nach Mosbach ausfahrenden Personenzug dem 58jährigen verheirateten Landwirt Georg Michael Schäfer von Unterkensbach bei Beerfelden beim Abspringen beide Beine oberhalb des Knies abgefahren.

Waldbühl, 24. Juli. Nach viertägiger Verhandlung verurteilte das Waldbühler Schwurgericht am Freitagabend 11 Uhr die Angeklagten Alfred Albieß aus Garpolingen, Arbeiter in Murg, und Friedrich Gerspach aus Hofsbr., Arbeiter in Murg, und zwar Albieß wegen Mordes und versuchten schweren Raubs zum Tode und zu lebenslänglichem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Gerspach wegen Beihilfe zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Die Verurteilten haben den alleinstehenden circa 68 Jahre alten Landwirt Johann Kammerer in Lochmatt-Heinrichsdorf in der Nacht vom 2. auf 3. März ermordet. Die ganze Wohnung war durchstöbert, sodas Raubmord angenommen werden mußte.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtratssitzung vom 12. Juli. An den Bürgerausschuß erging eine Vorlage über die Erlassung einer Wohnungssteuerordnung. — Von dem Gelände beim Fabrikamweien der Maschinenbauwerkstatt Karlsruhe werden weitere rd. 6000 Quadratmeter zu Lagerzwecken verkauft. — Nach Mitteilung des Zentralausschusses für die Auslandshilfe in Berlin hat die religiöse Gesellschaft der Freunde in Amerika (Quäker) aufs neue ihre Hilfsbereitschaft gegenüber der notleidenden deutschen Jugend durch Inangriffnahme einer Fürsorgeaktion für tuberkulöse und tuberkulosegefährdete Kinder bewiesen. Die zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten reichen Mittel sollen zur Unterstützung der offenen Tuberkulosefürsorge durch Verabreichung von Lebens- und Stärkemitteln, Seife und Kleidungsstücken in Form 6 Monate dauernder sogenannter „Kuren“ verwendet werden. Auf Karlsruhe entfallen 35 solcher Kuren im Wert von zusammen circa 500 Dollars. Der Stadtrat nimmt mit großer Freude und herzlichster Dankbarkeit von diesem neuerlichen Beweis des edlen Menschentums der amerikanischen Quäker Kenntnis. Mit der Durchführung der Kuren die demnächst beginnen sollen, ist die Stadt-Tuberkulosefürsorgestelle in Verbindung mit dem städt. Fürsorgeamt betraut.

Konzertsaal. Heute, Mittwoch, und täglich gelangt die Operette „Die lustige Witwe“ zur Aufführung. — In Vorbereitung befindet sich die Operette „Die blaue Magaz.“ von Lehar (dem Komponisten der „Lustigen Witwe“). In den Hauptrollen beschäftigen sich die Damen Doree und Gruber, sowie die Herren Käbin, Daurer, Gerhards, Kubner, Schmitt, Steibl, Straffer und Zuber. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffter; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Jörgel. — Es wird darauf hingewiesen, daß ab Donnerstags um 10—11 Uhr Vorverkauf stattfindet (Konzertsaalkasse nicht), sowie nachmittags von 3—5 Uhr in der Musikalienhandlung Müller und ab 6 Uhr an der Konzertsaalkasse.

Staatsanzeiger.

An der im Ludwig-Wilhelm-Frankenheim in Karlsruhe neuerrichteten Landesheilmannschaftsanstalt mit gynäkologischer Abteilung ist die Stelle des

Direktors auf 1. Oktober 1923 zu besetzen. Planmäßige Stelle, Gruppe XII Befolungsordnung. Anrechnung früherer Berufszeit wie üblich. Bewerber mit Erfahrung im Hebammenunterricht wollen ihr Gesuch bis 15. August 1923 unter Vorlage von Zeugnissen schriftlich beim Ministerium des Innern in Karlsruhe einreichen.

Karlsruhe, den 23. Juli 1923.
Der Minister des Innern:
K e m m e l e.

Sommerferienzüge. Wegen früheren Beginns der badischen Schulferien verkehren auch die Sommerferienzüge entsprechend früher und zwar: Mannheim—Freiburg, Karlsruhe—Konstanz, Freiburg—Berlin, Unh. Wf. am 30. Juli, Konstanz—Mannheim, Mannheim—München und Freiburg—Garmisch und Bremen am 31. Juli. Der Sonderzug Mannheim—München am 1. August fällt aus.

Zu diesen Sonderzügen werden für Hin- und Rückfahrt (innerhalb 2 Monaten) die Juli-Höhepreise erhoben. Der Fahrkartenerwerb beginnt sofort und endet am Samstag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, sofern die festgesetzte Höchstzahl für jeden Sonderzug nicht schon früher erreicht ist.

Die beschleunigten Personenzüge 892 Erfurt—Würzburg—Osterburden—Stuttgart, Würzburg ab 10 Uhr, Osterburden an 11,51 Uhr vorm. und 891 Stuttgart—Würzburg—Erfurt, Osterburden ab 9,30 Uhr, Würzburg an 11,20 Uhr nachm., verkehren vom Donnerstag, den 28. Juli an bis auf weiteres regelmäßig.

Verkehrssperre.

Beim Güteramt Karlsruhe werden in der Zeit vom 28. bis 31. Juli d. J. leere Packmittel (leere Kisten, Fässer usw.) zur Beförderungs nicht angenommen.